

# "Missachtung von Beschlüssen"

23.06.2009 - TAUNUSSTEIN

## **NORDWESTTANGENTE Grüne kritisieren Taunussteiner Bürgermeister**

(red). Einen "erneuten Beweis von Missachtung von Beschlüssen sehen" Bündnis 90/Die Grünen in Taunusstein "in der kunstvollen Kreation einer Variante 1a der Tangentenplanung". Mittlerweile sei es für die Bürgerkoalition normal geworden, "wider besseres Wissen Pläne mit Brachialgewalt durchzuboxen", heißt es in einer Presseerklärung. Offenbar habe man im Rathaus "aus dem Abenteuer NHZ nicht gelernt, dass Großprojekte nur mit größtmöglichem Konsens erfolgreich sein können", so die Grünen.

Diese werfen Bürgermeister Michael "Verschleierungstaktik" vor. "Es ist schon ein einmaliges Vorgehen, die vom Parlament abgelehnte Variante 2 so umzufrisieren, dass sie jetzt als Variante 1a verkauft wird. Bis auf den Anfang verläuft nämlich die neuerliche Variante 1a auf der Trasse 2", erläutern die Grünen. Die Variante 2 sei ehemals abgelehnt worden, weil sie Lärm und Abgase näher an die Bebauung des alten Ortskerns Hahns brächte. "Woher die Legitimation nun kommt, genau dieses doch zu tun ist mir schleierhaft", so Grünen-Fraktionsvorsitzende Dorothee Etges.

Neue Baugebiete?

Die vom Bürgermeister zitierte Information der Mandatsträger vom November 2006 zeige "in keinster Weise die Bekanntgabe einer modifizierten Trassenvariante", stellt Etges weiter fest. Hintergrund der Beharrlichkeit, eine Querung des Tals durchzuboxen, scheint aus Sicht der Grünen der Wunsch zu sein, neue Baugebiete auszuweisen. Die Prognose der demographischen Entwicklung für Taunusstein gehe jedoch davon aus, dass Taunusstein im Jahr 2025 etwa die gleiche Anzahl von Einwohnern haben werde wie derzeit. "Hieraus ergibt sich zwangsläufig, dass die Ausweisung von neuen Baugebieten, die zudem noch auf der falschen Talseite liegen und ein Überqueren der Aar brächten, mehr als kontraproduktiv ist und auf keinen Fall den Bau von neuen Straßen rechtfertigt", steht für die Grünen fest. Im Übrigen vermisse man erneut die Information der Mandatsträger. "Es kann wohl nicht angehen, dass das Parlament aus der Presse erfahren muss, dass eine Variante 1a kreierte wurde".